

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/52

Bonn, den 15. März 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 3

Die Bauern und die Politik

35

Angebrachte Warnung vor dem Rechtsradikalismus

Von Wilhelm Dröschner MdB

4 - 5

Verlängerte Legislaturperiode des Bundestages ?

83

Gewichtige Gründe sprechen dafür

Von Heinrich G. Ritzel

6

Nicht zu beneiden...

49

Erweiterung des spanischen Ständeparlaments

Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid

+ + +

Die Bauern und die Politik

Angebrachte Warnung vor dem Rechtsradikalismus

Von Wilhelm Dröschner, MdB

Die Kürzungen im Agrarhaushalt 1967 und die explosive Reaktion des Bauernpräsidenten haben die deutsche Öffentlichkeit auf Probleme aufmerksam gemacht, deren eingehende Erörterung zwingend notwendig ist. Unsere Bauern haben ein Recht darauf zu erfahren, welches die realen Möglichkeiten sind, die es in den siebziger Jahren noch lohnend machen werden, im EWG-Europa dem bauerlichen Beruf nachzugehen.

Wer es gut meinte mit der Landwirtschaft, mußte immer schon daran interessiert sein, daß sich die Bauern zu einem schlagkräftigen Berufsverband, zu einer Art Gewerkschaft, organisieren. Wenn nun aber vom Verband gedroht wird, die Bauern sollten erwägen, sich politisch rechtsradikal zu orientieren und so zu wählen, überdreht solcher Ratgeber das legitime Recht, Interessen in der pluralistischen Gesellschaft "gebündelt" zu vertreten. Er "vergrault" vielmehr die Freunde der Bauern, die sie in den demokratischen Parteien haben und die sie auch weiterhin dringend benötigen.

Solche Aussage zeugt auch von einer Fehleinschätzung der politischen Möglichkeiten der Bauern in der Industriegesellschaft.

Die hauptberuflichen Landwirte und ihre Familien stellen heute weniger als zehn Prozent der Wähler. Neunzig Prozent der Mitbürger sind Verbraucher. Und ihr wirtschaftliches Interesse fordert die Öffnung des Lebensmittelmarktes für die billigere Einfuhr zu Weltmarktpreisen. Jedermann weiß heute, daß Preise, die über dem Weltmarktniveau liegen, Konsumverzicht für die neunzig Prozent Verbraucher oder zusätzliche steuerliche Belastung bedeuten.

Wer also den Anspruch erhebt, mehr Wähler ansprechen zu wollen als eben nur Bauern, muß klare Aussagen machen, wie er es in diesen entscheidenden Fragen halten will. Gerade aus bauerlicher Sicht ist die NPD die ungeeigneteste Interessenvertreterin der deutschen Landwirtschaft. Abgesehen davon, daß ihre Führer sehr lautstark von der "Sparsamkeit", die sie im öffentlichen Haushalt praktizieren wollen, sprechen und damit den Abbau der Subventionen verkünden, müßten sie sich mit der Interessenvertretung bauerlicher Wähler auf eine Politik festlegen, die gerade die städtischen Wähler vor den Kopf stößt.

Was die Bauern wirklich brauchen, sind nicht Vertreter in radikalen Rechtsparteien, die auf weite Sicht zur Ohnmacht und nur zur Erregung von Mißvergnügen im In- und Ausland verurteilt bleibt, sondern Freunde und aktive Streiter für ihre berechtigten Interessen in den großen politischen Parteien, die, wie die CDU-FDP von mehr konservativem, oder wie etwa die SPD von mehr fortschrittlichem Geist bewegt, sich bemühen, unsere Gesellschaft dem Geist und dem Möglichkeitsbereich des Atomzeitalters anzupassen.

Leider bleibt es eine Wahrheit, daß den Bauern sowohl von ihren eigenen Berufsverbänden als auch von den staatlichen Stellen in den vergangenen Jahren nicht die nötige Klarheit über ihre berufliche Zukunft verschafft worden ist. Die heißen Eisen wurden nicht angefaßt. Wir müssen deshalb zur Stunde der Wahrheit kommen. Die Erkenntnis ist ganz und gar unteilbar und lautet: auch die Landwirtschaft kann auf die Dauer in ihrer Existenz nur gesichert sein, wenn sie nach ökonomischen Gesetzen (allerdings unter Berücksichtigung der vorgegebenen Daten wie Boden und Klima) wirtschaftet.

Dabei können wir zukünftige Entwicklungen und Leitlinien sehen und berücksichtigen.

- a) Die Aufgaben, die sich aus der Welternährungskrise bei weiterer Bevölkerungsexplosion ergeben. Darauf vorbereitet sein, ist ein Gebot politischer Klugheit und mitmenschlichen Verantwortungsbewußtseins gleichermaßen.
- b) Wir wissen, daß nach dem Anpassungsprozeß an die "europäischen Produktionsbedingungen" keine volle Öffnung zum Weltmarkt geschehen wird. Die agrarische Produktion der sechs Länder bleibt hinter Schutzzollmauern und ermöglicht so eine Agrarpolitik eigener Art.
- c) Die besonderen Bedingungen, unter denen die deutsche Landwirtschaft arbeitet, sollen gewürdigt werden, und es muß dafür gesorgt werden, daß die Wettbewerbsverfälschungen (auch solche sozialpolitischer Art) ausgeglichen werden.

Heute, das ist zweifellos ein Unterschied gegenüber der Situation vor ein paar Jahren, gibt es keinen ernsthaften Versuch mehr, den ökonomischen Gesetzen, die auch für die Landwirtschaft gelten, ausweichen zu wollen. Unterschiedlich sind vielleicht noch die Bereitschaft, die volle Wahrheit bei der Analyse zu sagen und die Ge-
neignetheit, Übergangszeit und Übergangshilfe in ausreichendem Maße zu gewähren. Gerade deshalb brauchen unsere Bauern Freunde bei den starken politischen Kräften und dürfen sich nicht von ihnen trennen.

Die Wege zur wirksamen Hilfe für unsere Bauern liegen offen vor uns.

- * Maßnahmen zur Strukturverbesserung und Steigerung der Produktivität, wobei Verkürzung der Arbeitszeit bei steigenden Einkommen angestrebt werden muß. Solche Maßnahmen können nur mit Hilfe des Staates schnell und wirksam durchgeführt werden.
- * Das zentrale Anliegen dabei ist immer noch die Flurbereinigung mit dem Ziel, noch größere Flächen und dabei weniger, aber bessere Wege zu schaffen. Die Beschleunigung der Bodenwanderung zum aufnahmewilligen Betrieb muß im Zusammenhang damit gefördert werden. Die Wirtschaftsgebäude sind dabei so herzurichten, daß schnelle Betriebsorientierungen auf den Markt hin und arbeitsparende Methoden möglich werden.
- * Die Maschinenausstattung muß ständig den modernen technischen Möglichkeiten angepaßt werden, dabei aber rentabel bleiben.
- * Das ist möglich mit der Maschinengemeinschaft. Damit stellt sich

- * die Frage, ob der Bauer zur überbetrieblichen Kooperation auch
- * auf dem Gebiet der Erzeugung bereit ist. Solche Bereitschaft
- * muß in Zukunft gegeben sein.

Über die Verbesserung der Marktstruktur (mit Hilfe der Erzeugergemeinschaften, der Genossenschaften und des Handels) muß den Bauern ein ständig wachsender Anteil am Enderlös für seine Erzeugnisse verschafft werden. Wesentlichen Anteil an der Verbesserung der Einkommenslage müßten vervollkommene Maßnahmen zur sozialen Sicherung des Bauern haben. Unsere Forderungen hierfür sind klar:

1. Weiterer Ausbau der erfolgreichen Altershilfe.
2. Verstärkung der Berufsgenossenschaften in einem der unfallgefährdeten Berufe der modernen Gesellschaft.
3. Schaffung einer Krankenkassenpflichtversicherung.

Die Möglichkeit des finanziellen Ausgleichs aus Steuermitteln für die Lasten, die im Interesse der gesamten Volkswirtschaft von der Landwirtschaft übernommen werden, bleibt offen. Hierbei wird die Frage nach dem wünschenswerten bäuerlichen Anteil an der Gesamtbevölkerung ebenso eine Rolle spielen, wie die Aufrechterhaltung einer Mindesterzeugung auf bestimmten Sektoren und die Verhinderung des Aufkommens großer Brachflächen.

Alle diese Fragen werden entscheidend auf der EWG-Ebene gelöst werden müssen. Nationale Lösungen sind bei den jetzt schon erzielten Fortschritten kaum mehr möglich. Es gilt unsere berechtigten Forderungen auf Brüsseler Ebene durchzusetzen. Wer unsere Bauern auf andere Möglichkeiten hinweist, muß sie zwangsläufig belügen. Wer das aber tut, zerstört die Grundlagen der Demokratie, die nur bei wahrhaftigkeit gedeihen kann.

Notwendiger denn je ist das Vertrauen auch der Bauern in die Bereitschaft der verantwortlichen Politiker, die bäuerlichen Lebensfragen aus der Sicht des Ganzen und dennoch so zu beurteilen und zu lösen daß die Überlebenschancen des bäuerlichen Berufsstandes gewahrt bleiben.

Niemand wird den bäuerlichen Führern verwehren wollen, ihre legitimen Anliegen immer wieder vorzutragen und zu betonen. Wenn sie aber zur politischen Radikalisierung aufrufen, zerstören sie den Boden der Gemeinsamkeit mit den verantwortlichen politischen Kräften und die Bande der Freundschaft sowie das Wohlwollen, das sie in einer Zeit, da Millionen von Mitbürgern im gewerblichen Raum die Härte der ökonomischen Gesetze an eigenen Leibe verspüren, besonders dringend brauchen.

Dies ist um so unsinniger, als gerade die EWG und die darin geschaffene Interessengemeinschaft der Bauern in der europäischen Völkergemeinschaft günstige Voraussetzungen für die Durchsetzung wichtiger Anliegen bringen wird. Der Weg zum Erfolg aber ist für alle, die guten Willens sind, nicht mit Kraftprotzerei und Furchterregung, sondern nur mit unermüdlicher, wirtschaftlicher und politischer Kleinarbeit zu schaffen. Und dazu gehört vor allem Vertrauen zueinander.

Verlängerte Legislaturperiode des Bundestages ?

Gewichtige Gründe sprechen dafür

Von Heinrich G. Ritzel

Im Rahmen neuer Vorschläge über eine Parlamentarreform unterhält man sich in Bonn auch über die mögliche Verlängerung der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. Das Grundgesetz bestimmt in seinem Artikel 39, daß der Bundestag auf vier Jahre gewählt wird. Die letzte Wahl erfolgte 1965, die nächste Wahl ist also 1969 fällig. Es darf als ausgeschlossen betrachtet werden, daß ein bestehender Bundestag seine eigene Mandatsdauer um ein Jahr verlängern kann. Das würde dem Grundgesetz widersprechen, denn die Wahl 1965 ist nach den Bestimmungen des Grundgesetzes auf vier Jahre vollzogen worden. Dagegen wäre es rechtlich und auch aus praktischen Gesichtspunkten sehr wohl vertretbar, die Legislaturperiode aufgrund einer v o r - h e r durchzuführenden Verfassungsänderung für den im Jahre 1969 zu wählenden Bundestag und ab da überhaupt auf jeweils fünf Jahre festzusetzen. Das würde bedeuten, daß nach der Wahl von 1969 die nächsten Wahlen zum Deutschen Bundestag in den Jahren 1974, 1979, 1984 und 1989 umfassen. Diese vier Wahlen würden insgesamt zwanzig Jahre umfassen. Eine Wahlperiode würde damit im gleichen Zeitraum eingesparrt.

Es gibt gewichtige Gründe, die für eine derartige Maßnahme sprechen. Vor allem rein innerparlamentarisch würde die verlängerte Legislaturperiode eine Beruhigung innerhalb des parteipolitischen Getriebes nach einer Wahl und mindestens ein Jahr vor einer Wahl bringen. Die größere Ausgeglichenheit käme der Arbeit und den Beratungsergebnissen zugute. Es würden nicht nur Wahlkosten, sondern auch erhebliche Kosten innerhalb der Verwaltung gespart und eine größere Arbeitsmöglichkeit gewonnen. Andererseits würde ein durch die Verlängerung der Wahlperiode erreichter Stabilisierungszustand erheblich verlängert und könnte sich, je nach dem, günstig oder ungünstig auf die Gestaltung der deutschen Politik auswirken. Dieser Zustand wäre vor allem dann zu erwarten, wenn das Gespräch über eine Änderung des Wahlrechtes zu einem Ergebnis führen würde, das einer Partei in der Bundesrepublik allein die Mehrheit brächte und zu einer mehrheitlichen Einparteienregierung führen würde. Unter halbwegs normalen Umständen hat eine Regierungspartei meistens die Möglichkeit, ihre Stellung zu behaupten.

Würde die Wahlperiode des Deutschen Bundestages nicht verlängert, dann hätten wir die nächsten Wahlen im Jahre 1969 und anschließend in den Jahren 1973, 1977, 1981, 1985 und 1989. Die Rechnung zeigt, daß bei Beibehaltung der Dauer der jetzigen Wahlperioden, also vier Jahre, bis zum Jahre 1989 sechs Wahlen stattfinden müßten, während es bei der Dauer von fünf Jahren un-

ter der oben genannten Voraussetzung, daß der zur Zeit gewählte Bundestag nur vier Jahre tagen darf, nur fünf Bundestagswahlen wären.

Die Befürworter einer Reform der Wahldauer des Bundestages widmen aber mindestens einen Seitenblick der Wahldauer der Landtage. Diese beträgt auch vier Jahre. Ein im Jahre 1966 gewählter Landtag würde bis zum Jahre 1990 sechsmal neu zu wählen sein. Ein im Jahre 1967 gewählter oder zu wählender Landtag würde bis zum Jahre 1989 noch fünfmal zu wählen sein. Wollte man die Wahldauer der Landtage ebenfalls auf fünf Jahre ausdehnen, dann würde ein im Jahre 1966 gewählter, mit vierjähriger Amtsdauer ausgesetzter Landtag erstmals im Jahre 1970 auf fünf Jahre gewählt werden können und ab da gerechnet mit fünf Wahlen das Jahr 1990 erreichen, statt vorher mit sechs. Ein im Jahre 1967 gewählter oder zu wählender Landtag würde nach Ablauf seiner verfassungsrechtlich unabänderlichen vierjährigen Wahlperiode im Jahre 1971 auf fünf Jahre gewählt werden können und von da an mit jeweils einer Wahlperiodendauer von fünf Jahren in fünf Wahlperioden das Jahr 1991 erreichen.

Danach hätten wir im Jahre 1969 eine Bundestagswahl, im Jahre 1970 und 1971 Landtagswahlen, 1974 eine Bundestagswahl, 1975 und 1976 Landtagswahlen, 1979 Bundestagswahlen, 1980 und 1981 Landtagswahlen, 1984 Bundestagswahl, 1985 und 1986 Landtagswahlen, 1989 Bundestagswahl, 1990 und 1991 Landtagswahlen. Wenn und insoweit noch Wahlperioden, die etwa 1964 und 1965 gewählt sind, im Lauf sind, müßten die Feststellungen entsprechend ergänzt werden.

Aber auch in den Ländern wäre eine Verlängerung der Wahlperioden durch eine Verfassungsänderung zu erreichen. Im Grunde gelten für die Länder die gleichen Überlegungen wie für den Bund und die Wirksamkeit einer fünfjährigen Wahlperiode.

Entschieden abzuraten aber wäre von dem Versuch, die Wahljahre für Länder und Bund gleichmäßig zu gestalten. Der Gedanke einer direkten Volksentscheidung ist bei uns nicht so weit entwickelt, als daß wir es uns vom demokratischen Standpunkt aus gestatten dürften, die Volkemeinung jeweils auf fünf Jahre auszuschalten.

Selbstverständlich würden alle diese Berechnungen erschüttert, wenn es zu einer Wiedervereinigung käme. Dann würde wohl eine neue Nationalversammlung oder ein neuer Reichstag zu wählen sein und damit wäre eine ganz neue Lage gegeben, über die zu theoretisieren aber im Augenblick sinnlos wäre.

Nicht zu beneiden...

Erweiterung des spanischen Ständeparlaments

HD-1- Erstrals seit 1939 sollen wieder unmittelbar von "den Familienoberhäuptern und verheirateten Frauen" gewählte Volksvertreter in der beschränkten Anzahl von 100 ins spanische Ständeparlament einziehen, dessen 535 "Procuradores" auf etwa mehr als 600 erweitert werden sollen. Nach wie vor bilden die demokratisch gewählten Volksvertreter eine Minderheit gegenüber den vom Caudillo ernannten oder gesetzmäßig vertretungsberechtigten Delegierten der Syndikate, der Falange, der Provinzen und Städte.

Diese Volksvertreter werden erstmals gewählt aufgrund eines Änderungsgesetzes, das auf das Grundgesetz vom 14. Dezember 1966 zurückgeht. Überraschenderweise wurde der Entwurf des neuen Gesetzes über die parlamentarische Vertretung der Familien, der zweite seit dem neuen Grundgesetz, kurz nach der lang vorbereiteten Vorlage über die Religionsfreiheit vom Franco-Kabinetts verabschiedet. Das Gesetz sieht vor, daß bereits ernannte Abgeordnete ("Procuradores") nicht wählbar sind. Kandidaten für die beiden "Familiensitze", die jeder einzelnen der 50 spanischen Provinzen zugebilligt sind, müssen in diesen Provinzen wohnen; die weiteren Bestimmungen sind sehr einschneidend. Als Kandidaten kommen nur gegenwärtige oder frühere "Procuradores" in Frage, die entweder von fünf weiteren Procuradores, sieben Provinzialdeputierten oder von wenigstens 2 000 Wahlberechtigten (mindestens ein Prozent der Gesamtbevölkerung der Provinz) nominiert werden.

Die Syndikatszeitung FUEBLO, die für den "Weg in eine moderne Demokratie" eintritt, lieferte postwendend die Begleitmusik und schrieb, daß erstmals auch Kandidaten zur Wahl stehen sollen, die nach Ende des Bürgerkriegs geboren wurden und "bisher noch keine politischen Gelegenheiten hatten". Die junge Generation der dreißigjährigen soll in das Ständeparlament. Aber wie wird dies möglich sein, wenn die Gesetze diesen fortschrittlichen Absichten etwa ein Hindernis in den Weg legen? Eines steht fest: die 100 neuen Abgeordneten, wenn sie sich nicht aus der "Alten Garde" der Cortes-Abgeordneten rekrutieren sollten, sondern ein echtes neues Element darstellen, sind in keinem Falle zu beneiden. Sie sind stets eine Minderheit, die leicht zu überstimmen sein wird - sie werden, unvertraut mit parlamentarischer Arbeit, niemals der Gefahr entgehen, sich irgendwelchen Einflüssen ausgesetzt zu sehen, gegen die sie nichts ausrichten können. Die Hoffnung, daß diese "Procuradores" eine liberale Politik verfolgen, dürfen also nicht sehr weit gespannt werden angesichts der bescheidenen Möglichkeiten.

Die 100 Parlamentsneulinge werden es nicht leicht haben, aber allein die Tatsache, daß sie eine Chance bekommen sollen, ist ermutigend für jene Kreise der Opposition - auch innerhalb der Falange -, die sich für eine "Demokratisierung von innen heraus" entschieden haben. Der Weg, den die 100 eventuell noch in diesem Jahr zu wählenden "Procuradores" gehen müssen, wird mit Schwierigkeiten aller erdenklichen Spielarten gepflastert sein. Die Tatsache, daß ein solcher Weg heute gangbar ist - wenn auch nur mit Einschränkungen -, sollte immerhin jene Kräfte ermuntern, denen die Demokratie wirklich etwas bedeutet. Leicht werden sie es nicht haben, aber die Pioniere der echten Volksvertretung werden sich der hohen Aufgabe bewußt sein, die auf sie wartet. Sie betreten Neuland.

+ + +